

Politik & Wirtschaft

Mächtigste Verwaltungsrätin der Schweiz

Mehrere Mandate in der Topliga Geraldine Matchett übertrumpft sogar die Männer, wie aktuelle Daten zeigen. Sie sitzt bei ABB, Nestlé und Swiss Re im obersten Gremium und erregt damit Aufsehen.

Isabel Strassheim

Geraldine Matchett ist 52 Jahre alt und die einflussreichste Verwaltungsrätin der Schweiz. Mit ihren Mandaten überragt sie auch die Männer.

Matchett sitzt beim Technologiekonzern ABB, beim Nahrungsmittelmulti Nestlé und dem Versicherer Swiss Re im Verwaltungsrat. Alles Unternehmen, die dem Börsenleitindex SMI angehören und in ihrer Branche weltweit zur Topliga zählen.

Die aktuelle Liste des Kadervermittlers Schilling Partners, die dieser Redaktion exklusiv vorliegt, führt zwar einige Frauen und Männer auf, die bei vier der wichtigsten Schweizer Firmen im Verwaltungsrat tätig sind. Etwa Christoph Mäder (Baloise, Lonza, Schindler, Schweizerische Nationalbank) oder Bernadette Koch (Postfinance, Mobimo, Schweizerische Post, Geberit) – die Unternehmen sind jedoch wesentlich kleiner.

Kaum bekannt, aber international vernetzt

«Matchett ist eine grosse Ausnahme und ein Glücksfall», sagt Kadervermittler Guido Schilling. Doch kurz bevor sie diesen Frühling neu in den Verwaltungsrat von Nestlé und Swiss Re gewählt wurde, sorgte sich die NZZ, ob dies nicht eine Überlastung wäre. Bei Christoph Mäder, der neben seinen vier Firmenmandaten zugleich noch Präsident vom Wirtschaftsverband Economiesuisse ist, fragte die Redaktion das nicht.

Die spannende Frage aber ist: Wie hat Matchett es in die Topposition geschafft. Der breiten Öffentlichkeit ist sie nicht bekannt.

Matchett besitzt den schweizerischen, den britischen und den französischen Pass und hat in Grossbritannien Natur- und Humangeografie studiert. Ihre Karriere verlief geradlinig und führte sie in operative Spitzenfunktionen von wichtigen Firmen. Ihr Vorteil: Sie ist international vernetzt, aber kennt auch die Strukturen des Schweizer Verwaltungsrats, der anders als etwa der deutsche Aufsichtsrat auch die Strategie einer Firma festlegt.

Bei der Genfer Warenprüfgesellschaft SGS stieg Matchett von der Controllerin zur Finanzchefin



Sie besitzt den schweizerischen, britischen und französischen Pass: Geraldine Matchett 2023 am WEF in Davos. Foto: Stefan Wermuth (Bloomberg, Getty)

«Immer häufiger wird die Frage nach den fehlenden Frauen auf Kandidatenlisten auch von Männern gestellt.»

Monika Bütler
Multi-Verwaltungsrätin und frühere Ökonomie-Professorin

auf. Als Finanzchefin fungierte sie auch bei dem Chemieriesen DSM, ab 2020 war sie dort zugleich auch Co-Konzernchefin. Damit hatte sie auch Umsatzverantwortung, was für wichtige Verwaltungsratsmandate meistens als Voraussetzung angesehen wird.

Profi-Verwaltungsrätin als neues Berufsbild

Nach der Fusion von DSM mit dem Genfer Aromen- und Riechstoffkonzern Firmenich im Mai 2023 schied Matchett aus – und setzte ihre Karriere als Profi-Verwaltungsrätin fort. Für Frauen ist das ein neues Berufsbild, bei Männern gibt es dies schon sehr lange und noch ausgeprägter.

Eine der Multi-Verwaltungsrätinnen ist auch Monika Bütler. Die frühere Ökonomie-Professorin der Universität St. Gallen sitzt entsprechend der Schilling-Lis-

te bei Swiss Life, Schindler sowie Huber + Suhner im obersten Gremium. «In den Verwaltungsrat kommt man auch als Quereinsteigerin», sagt Bütler. Bei Posten in der Geschäftsleitung sei das dagegen anders.

Per Gesetz sollen bis Anfang 2026 in der Schweiz 30 Prozent der Verwaltungsratssitze von Frauen besetzt sein. «Die Quote ist schon jetzt erfüllt», sagt Headhunter Guido Schilling, der diese Daten jährlich erhebt.

Diversität wird breiter ausgelegt

Ende 2030 könnte es jedoch knapp werden: Denn dann sollen auch 20 Prozent der Geschäftsleitungsmitglieder weiblich sein. «Momentan erreichen wir dies schon, allerdings bleiben Frauen im Management im Durchschnitt nur halb so lange

in ihrer Funktion wie Männer», sagt Schilling.

«Diversität führt sicher zu besseren Entscheidungen in Firmen, weil Fragen aus verschiedener Sichtweisen diskutiert werden», erläutert Bütler. Doch sie fügt an: «Die Gremien müssen jedoch tatsächlich unterschiedlich zusammengesetzt sein und nicht mit Frauen, die ähnlich denken wie die Männer, wie dies zu Beginn der Quoteneinführung war.»

Inzwischen wird Diversität breiter ausgelegt, auch unterschiedliche Altersgruppen oder Herkunft finden zunehmende Beachtung. Dagegen ist der Fokus auf die Erhöhung des Frauenanteils bei vielen Firmen fast schon Standard geworden: «Immer häufiger wird die Frage nach den fehlenden Frauen auf Kandidatenlisten auch von Männern gestellt», sagt Bütler.

Eigenmietwert soll vollständig abgeschafft werden

Nationalrat Der Nationalrat will den Eigenmietwert auch bei Zweitwohnungen abschaffen. An diesem Beschluss hat er gestern festgehalten. Gleichzeitig will er eine Verfassungsgrundlage für eine Objektsteuer auf Zweitwohnungen schaffen. Damit baut er dem Ständerat eine Brücke. Der Nationalrat plädiert für einen vollständigen Systemwechsel. Der Eigenmietwert soll also auch bei Zweitliegenschaften abgeschafft werden. Diesen Entscheid untermauerte die grosse Kammer mit 153 zu 39 Stimmen bei einer Enthaltung.

Mittelfristiges Ziel des Nationalrats ist die Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine Objektsteuer auf Zweitwohnungen. Das soll den betroffenen Kantonen die Möglichkeit geben, dass Kantone und Gemeinden eine besondere Liegenschaftsteuer erheben und so die Einnahmeneinbussen kompensieren können, die infolge eines vollständigen Systemwechsels bei der Eigenmietwertbesteuerung zu erwarten sind. (SDA)

Wirtschaft erholt sich langsamer als erhofft

Konjunktur Die wirtschaftliche Erholung in der Schweiz verläuft laut der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) harziger als erhofft. Der Hauptgrund sei die Schwäche in Europa, insbesondere jene des wichtigsten Handelspartners Deutschland. Daher erwartet die KOF fürs laufende Jahr nur noch ein Wachstum des realen Bruttoinlandproduktes (BIP, sporteventbereinigt) von 1,1 statt 1,2 Prozent, wie es gestern in einer Mitteilung hiess. Für 2025 wurde die Prognose auf 1,6 von 1,8 Prozent zurückgenommen. Die erstmalige Prognose für 2026 lautet auf 1,7 Prozent.

Bei diesen Zahlen sind die Riensensportanlässe wie Fussball-Europameisterschaft und Olympische Spiele herausgerechnet. Diese bringen alle zwei Jahre einen Geldregen ins Land, weil die Hauptsitze von Fifa, Uefa oder Internationalem Olympischen Komitee in der Schweiz sind. Dies verzerrt aber die eigentliche Wirtschaftsentwicklung jeweils markant. Wenn man die Grosssportereignisse berücksichtigt, erwartet die KOF ein BIP-Wachstum von 1,5 Prozent für 2024. (SDA)

Kartellklage gegen Visa wegen Monopol

Bankkarten Das US-Justizministerium hat den Visa-Konzern verklagt. Es wirft dem Unternehmen vor, unrechtmässig ein Monopol bei den Bankkarten zu betreiben. In der am Dienstag bei einem Bundesgericht in New York eingereichten Kartellklage heisst es, die Praktiken von Visa hätten zu zusätzlichen Gebühren in Milliardenhöhe für die US-Verbraucher geführt und zugleich die Innovation beim Bezahlssystem mit den Debitkarten gebremst. Der Klage sind dreijährige Untersuchungen der Visa-Geschäftspraktiken durch die US-Kartellbehörde vorausgegangen. (SDA)

Politiker fordert: Glencore-Strafzahlung soll in den Kongo fliessen

Postulat im Parlament Die Schweiz hat dem Rohstoffhändler eine Strafe in Millionenhöhe aufgebracht.

Schweizer Firmen haben Glück. Während ihnen in den USA für Vergehen im Ausland Milliardenstrafen auferlegt werden, gibt sich die Schweiz mit weniger zufrieden. Trotzdem kommt derzeit ein ansehnlicher Betrag zusammen. Zwar sind die Bussen vergleichsweise tief, die Ersatzforderungen aber deutlich höher. Die Ersatzforderung soll dafür sorgen, dass den Firmen aus den illegalen Geschäften kein Gewinn entsteht.

In den letzten Wochen sorgten zwei Verfahren der Bundesanwaltschaft gegen Schweizer Rohstofffirmen für Aufsehen: Der Genfer Rohstoffhändler Gunvor wurde jüngst wegen eines Bestechungsfalls in Ecuador zu einer

Busse von 4 Millionen Franken und einer Ersatzforderung von 82 Millionen verurteilt. Der Zuger Rohstoffkonzern Glencore zahlte kürzlich wegen eines Korruptionsverfahrens in der Demokratischen Republik Kongo eine Busse von 2 Millionen Franken und er musste eine Ersatzzahlung von 150 Millionen Dollar leisten.

Dieses Geld landet bislang in der Schweizer Staatskasse. Die Länder, in denen die Vergehen vorgefallen sind, gehen hingegen leer aus. Das wird nun in einem gemeinsamen Schreiben von 14 kongolesischen Nichtregierungsorganisationen kritisiert: «Die kongolesische Bevölkerung, die Opfer dieser gross angelegten

Korruptionshandlungen wurde, wird keine Entschädigung erhalten.» Das Schreiben liegt dieser Redaktion vor. Sie fordern die Schweiz auf, dass zumindest ein Teil der Ausgleichsforderung aus dem Glencore-Verfahren für die Finanzierung sozialer Investitionen, wie etwa von Schulen oder Spitälern verwendet wird. Das Geld solle besonders für jene Gemeinden aufgewendet werden, die die Hauptopfer der von der Schweizer Untersuchung aufgedeckten Korruptionsfälle sind.

Eine vergleichbare Forderung erging kürzlich an die USA: Dort verlangen mehrere internationale Nichtregierungsorganisationen, dass zumindest 700'000 Dol-

lar einer 263 Millionen schweren Strafe für geschädigte Personen verwendet werden sollen.

«Nicht akzeptabel»

Der Genfer SP-Nationalrat Christian Dandrès nimmt diesen Ball nun auf. Er fordert mit einem Postulat den Bundesrat auf, Massnahmen zu prüfen, damit eingezogene Vermögenswerte und Ersatzforderungen der Bevölkerung der betroffenen Länder zugutekommen, in denen die Straftaten begangen wurden. Korruption sei ein Übel, das dazu beitrage, die Entwicklung eines Gesundheits- oder Bildungssystems zu verhindern.

Die Schweiz führt bereits seit einigen Jahren unrechtmässig er-

worbenes Vermögen aus internationalen Korruptionsfällen, das in der Schweiz gelandet ist, in ihr Herkunftsland zurück. Doch auch von diesen Geldern bleibt viel in der Schweiz hängen.

Eine raschere Rückführung dürfe aber laut Dandrès nicht dazu führen, dass dieses Geld bei den Führern korrupter Regimes landen soll. Daher sollte es für Projekte unabhängiger Organisationen verwendet werden können. «Die gegenwärtige Situation ist nicht akzeptabel», sagt Dandrès. Er glaubt daher, dass sein Vorschlag durchaus Erfolgchancen haben könnte.

Jorgos Brouzos